

# «Das Potenzial junger Männer wird oft vergeudet»

Der Fachkräftemangel sei hausgemacht, sagt der frühere SP-Nationalrat Rudolf Strahm. Schweizer Unternehmen könnten zu einfach Leute aus dem Ausland rekrutieren. Diese Politik sei ein Irrweg: Die starke Zuwanderung erzeuge noch mehr Zuwanderungsbedarf.

Marcel Odermatt

Bern

**Weltwoche:** Herr Strahm, Wirtschaft und Politik beklagen sich ständig über den wachsenden Fachkräftemangel. Er wird als Rechtfertigung für die immer grösser werdende Zuwanderung benutzt. Haben diese Kreise recht?

**Rudolf Strahm:** Nein, die Realität sieht anders aus: Die Schweizer Wirtschaft hat nicht einen generellen Akademikermangel. Wir haben aber einen ausgeprägten Mangel an Fachkräften in Mint-Berufen, das heisst bei Uni- und Fachhochschulabsolventen der Grundlagenfächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Einen weiteren Fachkräftemangel gibt es bei Ärzten und in Medizinberufen, zum Beispiel bei Pflegefachpersonen. Statistisch am häufigsten fehlen aber jene Fachkräfte und mittleren Kader, die zunächst eine Berufslehre und später berufsbegleitend eine höhere Berufsbildung absolviert haben.

**Weltwoche:** Dann ist der Fachkräftemangel hausgemacht?

**Strahm:** Ja, das ist er: Der Ärztemangel ist selbst verursacht durch den Numerus clausus beim Medizinstudium. Mit der Maturitätsordnung 1995 wurden die Sprachfächer aufgewertet und im Notenmix stärker gewichtet als die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer. Junge Männer mit guten mathematischen Grundkompetenzen schaffen oft den Zugang ins Gymnasium nicht, wenn sie Probleme mit den Fremdsprachen haben. 30 Prozent der heute Sechzehnjährigen haben einen Migrationshintergrund. Sie haben bei diesen Fächern einen automatischen Nachteil. Ihr Potenzial wird oft vergeudet. Der Fächermix und die Fächergewichtung im Gymnasium wirken sich auf die spätere Studienwahl aus und verschärfen den Fachkräftemangel. Wir haben dies in unserem neuen Buch «Karriere mit Berufsbildung» deutlich belegt.

**Weltwoche:** Trotzdem wollen viele Eltern um jeden Preis dafür sorgen, dass ihre Kinder ans Gymnasium gehen.

**Strahm:** Es hat sich ein eigentlicher standespolitischer Kulturkampf der akademischen



«Die begehrtesten Fachkräfte sind jene, die zuerst eine Berufslehre absolviert haben»: Apparateglas-Bläser-Lehrling bei Metroglas AG in Affoltern am Albis.

Elite entwickelt. Die Weichenstellung «Gymnasium oder Berufslehre» wird geografisch durch den Stadt-Land-Graben sowie den sozialen Status der Eltern bestimmt. In ländlichen

**«Der Ärztemangel ist selbst verursacht durch den Numerus clausus beim Medizinstudium.»**

Gegenden werden Berufslehre und Gymnasium gleichwertig eingeschätzt. Heute machen im Kanton Genf dreimal so viele Jugendliche eine gymnasiale Maturität wie im Kanton Glarus. Es wird niemand behaupten, am Genfersee sei man zwei- oder dreimal intelligenter als in der Zentral- und Ostschweiz. Der aktuelle Hotspot der bildungspolitischen Kampfsituation ist der Kanton Zürich. Gutbetuchte Eltern schicken ihre Söhne oder Töchter zur Prüfungsver-

bereitung in Privatstunden, in denen sie auf die Gymnasiumszugangsprüfung getrimmt werden. Das Motto «Mehr Finanzen – mehr Bildungserfolg» macht die Bildungss Selektion zu einer sozialen Klassenfrage.

**Weltwoche:** Ausländische Eltern kennen das Berufssystem nicht.

**Strahm:** Das ist tatsächlich ein Problem. Ausländische Eltern und Expats, die das schweizerische durchlässige Bildungssystem nicht kennen, drängen auf mehr Gymnasiumsplätze. Die Folgen sieht man in Zürich. Rund um den Zürichsee werden aufgrund dieses Drucks neue Kantonsschulen errichtet.

**Weltwoche:** Sind wir im Begriff, das duale Bildungssystem kaputtzumachen?

**Strahm:** Überall, wo die Berufslehre stark zurückgedrängt wird, gerät sie in ein soziales Stigma. Sie gilt dann als Bildungsgang für Schwächere, für Zurückgebliebene, für die

Unterschichtenjugend. Hier muss man dagegenhalten. Vor allem die KMU-Wirtschaft müsste dabei mithelfen.

**Weltwoche:** Aber wie?  
**Strahm:** Es braucht mehr Aufklärung über den heutigen Arbeitsmarktbedarf. Heute sind die begehrtesten Fachkräfte im Arbeitsmarkt jene Leute, die eine Berufslehre und später in ihrer Berufskarriere einen zertifizierten eidgenössischen Berufsabschluss einer Höheren Fachschule oder einer eidgenössischen Berufsprüfung oder höheren Fachprüfung (Meisterprüfung) absolviert haben. Auch Fachhochschulabgänger, die in der Regel vorgängig eine Berufslehre abgeschlossen hatten, sind nach dem Studienabschluss rascher im Arbeitsmarkt als Uni-Abgänger. In diesem Sinne hat der Arbeitsmarkt in aller Stille gekehrt.

**Weltwoche:** Lehrlinge arbeiten länger als Studierende und verdienen weniger.

**Strahm:** Ja, ihre Lebensarbeitszeit ist meistens länger. Die Löhne haben sich jedoch angeglichen. Gerade Fachhochschulabsolventen mit Bachelor-Abschluss können nach dem Studium häufiger und schneller in Führungspositionen avancieren als Universitätsabsolventen mit Master-Abschluss. Dies belegt die BFS-Hochschulabsolventen-Befragung.

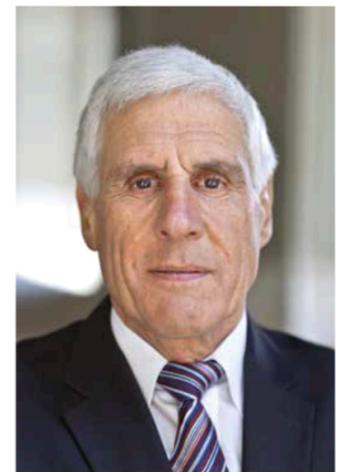
**Weltwoche:** Viele Universitätsabsolventen finden zudem nie eine Tätigkeit, die ihrer Ausbildung entspricht.

**Strahm:** Das ist ein grosses Problem und erklärt auch teilweise den Fachkräftemangel. An den Schweizer Universitäten belegten 2021/22 über 13 000 Studierende das Hauptfach Psychologie, davon 79 Prozent Frauen. Weiter studierten über 3400 im Hauptfach Geschichte und Kunstgeschichte, über 4000 in Politikwissenschaften und 7000 in den Hochschulen der Künste. Das sind alles interessante Fächer. Aber es können nie alle nach Studienabschluss in ihrem erlernten Beruf eine gewünschte adäquate Stelle finden. Nicht wenige verbleiben im Prekariat. Dahinter steht auch eine Tragik. Insgesamt waren 47 000 Studierende in den Geistes- und Sozialwissenschaften eingetragen – aber nur 33 000 in den exakten und Naturwissenschaften und 21 000 in technischen Wissenschaften. Vom Bedarf auf dem Arbeitsmarkt müsste es genau umgekehrt sein. Nochmals: Ein Hauptgrund für diese Fehlentwicklung ist die sprachlastige Selektion an den Gymnasien und Kantonsschulen.

**Weltwoche:** Sie haben Jahrgang 1943, sind damit fast noch ein Babyboomer. Diese Generation geht derzeit in grosser Zahl in Pension. Braucht die Schweiz in den nächsten Jahren mehr Migration als heute?

**Strahm:** Es ist ein Irrweg, zu denken, wir könnten unsere Probleme mit noch mehr Zuwanderung lösen. Wir hatten in den letzten Jahren sehr viele Menschen, die in die

Schweiz kamen. Trotzdem haben wir grosse Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und einen riesigen zusätzlichen Fachkräftemangel. Denn: Zuwanderung erzeugt noch mehr Zuwanderungsbedarf! Wir können nicht steuern, wer aus der EU in die Schweiz einwandert. Die Hälfte ist gut qualifiziert, aber die andere Hälfte ist nicht oder ungenügend ausgebildet. Diese haben entsprechend eine tiefe Produktivität und verursachen hohe Sozialkosten. Sie arbeiten in der Gastroszene, in Dienstbotenjobs, als Haushalthilfen oder im Tourismus – also Branchen mit tiefster Wertschöpfung. Das ist kein nachhaltiges Wachstumsmodell.



«Dann hat die SP ein Problem»: alt SP-Nationalrat Strahm.

**Weltwoche:** Was wäre Ihr Vorschlag?

**Strahm:** Wir müssen unsere Hausaufgaben in der Schweiz machen. Ich denke, dass die Erhöhung der Geburtenrate und die Frühförderung etwas hergeben. Das bedingt aber mehr Tagesstrukturen und eine erweiterte und intensivere Kinderbetreuung! Das Erwerbspotenzial bei gutausgebildeten Frauen ist noch nicht ausgeschöpft.

**Weltwoche:** Sie haben selbst zu zwei Enkelkindern geschaut.

**Strahm:** (Lacht) Ja, ich weiss aus eigener Erfahrung, was nötig ist. Tagesstrukturen und Kindertagesstätten sollten erweitert und von der Öffentlichkeit finanziert werden. Der Freisinn hatte im vorletzten Jahrhundert die unentgeltliche staatliche Schule geschaffen. Konsequenterweise müsste man auch die Vorstufe öffentlich finanzieren. Das läge sehr im Interesse des Arbeitsmarkts.

**Weltwoche:** Linke sagen, die Schweizer Tiefsteuerpolitik sei ein zentraler Grund, weshalb immer mehr Leute hierherkommen. Teilen Sie diese Analyse?

**Strahm:** Ja, das ist richtig – aber nur zu 50 Prozent. Die andere Seite der Ursache sind die institutionellen Rahmenbedingungen der Personenfreizügigkeit: Jeder Unternehmer, ob Bauer, Beizer oder Zuhälter, kann im Ausland tiefqualifizierte Arbeitskräfte ohne Bewilligung rekrutieren. Diese Rahmenbedingung ist strukturell der Pull-Faktor für die hohe Zuwanderung. Und noch wichtiger ist dies: Die freie Rekrutierung von Pflegepersonal, Ärzten und Informatikern im Ausland hat jahrelang dazu geführt, dass man zu wenige im Inland ausgebildet und sogar Bildungswillige abgewiesen hat. Die leichte

**«Fächermix und Fächergewichtung im Gymnasium verschärfen den Fachkräftemangel.»**

Rekrutierung im Ausland hat in vielen Bereichen die interne Fachkräfteausbildung vernachlässigen lassen! Ich verfolge diese Unterlassung seit langem und habe auch früh darüber geschrieben.

**Weltwoche:** Sollte man die Personenfreizügigkeit aufkündigen?

**Strahm:** Zentral ist, dass der Lohnschutz nicht aufgeweicht wird. Der Lohnschutz hat für die SP die gleiche Bedeutung wie für die SPD seinerzeit Hartz IV. Die deutschen Sozialdemokraten hatten wegen Hartz IV bei der Hälfte der Arbeitnehmerschaft ihre Glaubwürdigkeit verloren. Das Gleiche droht uns, wenn wir beim Lohnschutz Konzessionen machen.

**Weltwoche:** Die Linke wird obsolet, wenn sie sich nicht mehr für die Löhne starkmacht.

**Strahm:** Ja genau, dann hat die SP ein Problem.

**Weltwoche:** Wäre es nicht das Einfachste, das Rentenalter zu erhöhen, um den Personal-mangel zu beheben?

**Strahm:** Das können Sie vergessen! In unserer plebiszitäre Demokratie ist es nicht möglich, das Referenzrentenalter anzuheben. Das wäre in Deutschland, England oder Frankreich genau gleich. Die generelle Erfahrung und die Überzeugung der Arbeitnehmer sind, dass Menschen über 50 oder 55 Probleme haben, eine feste Anstellung zu finden. Entsprechende Initiativen wie gegenwärtig jene der Jungfreisinnigen sind chancenlos.

Ea Eller, Rudolf H. Strahm, Jörg Wombacher: Karriere mit Berufsbildung. Warum der Arbeitsmarkt Fachkräfte mit Berufslehre am meisten begehrt. Hep-Verlag, 203 S., Fr. 29.–

Mehr Marktwirtschaft in der Migrationspolitik: Seite 36